

Die Verwertung der Urheberrechte = La perception des droits d'auteurs

Autor(en): **A.P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sinfonia : offizielles Organ des Eidgenössischen Orchesterverband = organe officiel de la Société fédérale des orchestres**

Band (Jahr): **1 (1940)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-956236>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tere Pflege einzusetzen. Wir müssen mit mehr Begeisterung an unsere schöne und dankbare Aufgabe herangehen und die hemmende Gleichgültigkeit ablegen. Das Versäumte muß nachgeholt werden; wir müssen der Musik und unserem Verein wieder mehr Interesse entgegenbringen und die Lauen zu besserem Tun anspornen. Als Musizierende sind wir Vermittler eines der wertvollsten Kulturgüter und gerade heute wird man gute Musik als Freudenspenderin und als Trösterin besonders schätzen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß für viele unserer Mitbürger — Dirigenten, Musiklehrer, Musikgeschäfte — eine geordnete Weiterführung der bestehenden Musikpflege das tägliche Brot bedeutet. Wer seinen Kindern Musikunterricht erteilen läßt, schenkt ihnen etwas für das ganze Leben, welches dadurch eine oft ungeahnte Bereicherung erfährt.

Infolge der Teildemobilisation durften viele unserer Mitglieder heimkehren. Es ist nun zu hoffen, daß alle Sektionen ihre volle, normale Tätigkeit wieder aufnehmen und alles dafür einsetzen, um ihre Leistungen zu steigern und ihre Orchester vorwärts zu bringen. Dann erst erfüllen wir die Verpflichtung, die uns Privilegierten auferlegt ist zum Dienst an der Allgemeinheit und am Vaterland.

Die Verwertung der Urheberrechte

Nachdem wir in der letzten Nummer unseres Organs einen allgemeinen Ueberblick über die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete des Urheberrechtes gegeben haben, möchten wir unseren Lesern die für sie in Frage kommenden Bestimmungen des inzwischen vom Nationalrat und von der ständerätlichen Kommission angenommenen Gesetzesentwurfes betreffend die Verwertung von Urheberrechten bekanntgeben:

»»**Art. 1** bestimmt, daß die Verwertung der durch das Bundesgesetz vom 7. XII. 1922 gewährten ausschließlichen Rechte auf öffentliche Aufführung von musikalischen Werken nur mit Bewilligung und unter der Aufsicht des Bundesrates oder der von diesem bezeichneten Behörde gestattet ist. Diese Bestimmung findet aber keine Anwendung auf die persönliche Verwertung der Aufführungsrechte durch den Urheber oder seine Erben.

Art. 2 bestimmt, daß die Bewilligung nur einem einzigen Personenverband erteilt wird, welcher sich die Verwertung solcher Rechte zum Zweck gesetzt hat. Der Bundesrat kann weitere Voraussetzungen der Bewilligung aufstellen. Die Bewilligung kann jederzeit wieder zurückgezogen werden, wenn die Verwertungsgesellschaft den ihr nach diesem Gesetz obliegenden Pflichten trotz Mahnung nicht nachkommt.

Art. 3 befaßt sich mit den Strafbestimmungen für die unbefugte Verwertung von Urheberrechten, welche mit Bußen bis zu 1000 Franken bestraft wird.

Besonders wichtig ist **Art. 4**: »Als Entgelt für die Erlaubnis zur öffentlichen Aufführung darf die Verwertungsgesellschaft nur die in einem veröffentlichten und von der Schiedskommission (Art. 6) genehmigten Tarif vorgesehene Entschädigung verlangen. Die Erwerber der Erlaubnis sind verpflichtet, der Verwertungsgesellschaft Verzeichnisse (Programme) der aufgeführten Werke abzuliefern.«

Art. 5 bestimmt, daß für Aufführungen, welche ohne die erforderliche Erlaubnis veranstaltet wurden, dem Inhaber der Urheberrechte mindestens die tarifmäßig vorgesehene Entschädigung zusteht, wobei die Ansprüche des Urhebers wegen Verletzung der Persönlichkeit und die Strafklage vorbehalten bleiben.

Art. 6: »Der Bundesrat oder die von ihm dazu ermächtigte Behörde ernennt für die in den Artikeln 4 und 5 umschriebenen Aufgaben eine Schiedskommission.«

Die **Art. 7** und **8** befassen sich mit den Ausführungsbestimmungen und mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Art. 8 bestimmt, daß den bisher tätig gewesenen Verwertungsgesellschaften, welche eine Bewilligung gemäß Art. 1 nicht erlangen, die Fortsetzung ihres Betriebes während verhältnismäßig kurzer Dauer bewilligt werden kann.«

Der **Vollziehungsverordnung** zum Bundesgesetz betreffend die Verwertung von Urheberrechten entnehmen wir noch die nachstehenden Angaben:

»Zuständig zur **Erteilung der Bewilligung** (Art. 1 und 8 des Bundesgesetzes) ist das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Die Personenverbände, welche sich um die Bewilligung für die Verwertung von Urheberrechten (Art. 1) bewerben, haben beim eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum zuhanden des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes ein schriftliches Gesuch im Doppel einzureichen; diesem Gesuch sind beizulegen:

1. die Statuten und allfällige Reglemente;
2. ein Verzeichnis der leitenden Personen (Name, Wohnsitz, Nationalität);
3. eine Erklärung über die Zahl der schweizerischen Urheber, welche die Verwertung ihrer Rechte dem Verband übertragen haben und über die Art der zu verwertenden Rechte;
4. eine Darstellung der vorgesehenen Kontroll- und Verwaltungsorganisation.

Sobald die Unterlagen vollständig sind, leitet das Amt das Gesuch mit seinem Antrag an das eidg. Justiz- und Polizeidepartement weiter.

Gegenüber einem ausländischen Bewerber hat der inländische den Vorzug. Die **Bewilligung** wird für einen Zeitraum von fünf Jahren erteilt. Nach Ablauf dieser Zeit kann sie jeweilen für weitere fünf Jahre erneuert werden. Die Erteilung oder Erneuerung wird vom Amt für geistiges Eigentum im Schweiz. Handelsamtsblatt veröffentlicht.

Die Behörde, welcher die unmittelbare Ausführung des Gesetzes und insbesondere die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaft obliegt, ist das eidg. Amt für geistiges Eigentum. Das Amt kann seine Befugnisse auch durch nicht zur Bundesverwaltung gehörige Beauftragte, insbesondere den Vorsitzenden der Schiedskommission, ausüben.

Die **Verwertungsgesellschaft** hat dem Amt jedes Jahr schriftlich Bericht zu erstatten über die abgelaufene Geschäftsperiode. Der Bericht hat namentlich über folgende Punkte eingehenden Aufschluß zu geben:

1. über Einnahmen und Ausgaben;
2. über die Verwendung des Einnahmenüberschusses;
3. über allfällige Aenderungen der Statuten, Reglemente oder Gegenseitigkeitsverträge mit ausländischen Gesellschaften, oder im Bestand der leitenden Personen;
4. über allfällige Prozeßführungen.

Dem Bericht sind die ergangenen Gerichtsurteile, sowie ein Revisionsgutachten einer anerkannten Treuhandgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung sowie über die Uebereinstimmung der im Bericht enthaltenen Angaben mit der Buchhaltung beizulegen. Das Amt kann jederzeit über weitere Punkte Aufschluß verlangen und im Geschäftsdomizil der Verwertungsgesellschaft Einsicht in die Geschäftsbücher und sonstigen Unterlagen nehmen. Nach Prüfung des Berichtes stellt das Amt dem eidg. Justiz- und Polizeidepartement Antrag auf Genehmigung des Berichtes oder Ergreifung geeigneter Maßnahmen. Es kann vor seiner Antragstellung das Gutachten der Schiedskommission oder ihres Vorsitzenden einholen.

Bei der **Aufstellung des Tarifs** betreffend die Entschädigung für die Erlaubnis zur öffentlichen Aufführung (Art. 4) hat die Verwertungsgesellschaft die Vorschläge der hauptsächlichsten Organisationen der Veranstalter von Aufführungen, insbesondere betreffend die Schaffung bestimmter Tarifabstufungen einzuholen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Die Verwertungsgesellschaft hat ein Verzeichnis der von ihr vertretenen Urheber geschützter Werke anzulegen und auf dem laufenden zu halten; dieses Verzeichnis ist am Geschäftssitz zur Einsichtnahme durch die Veranstalter von Aufführungen offenzuhalten. Schriftliche Anfragen der Veranstalter von Aufführungen, ob sie die ausschließlichen Aufführungsrechte für ein bestimmtes Werk vertrete, hat die Verwertungsgesellschaft mit tunlichster Beschleunigung zu beantworten.

Der erwähnte Tarif und allfällige spätere Aenderungen desselben unterliegen der Genehmigung durch die Schiedskommission. Nach erfolgter Genehmigung ist der Tarif von der Verwertungsgesellschaft auf eigene Kosten im Schweiz. Handelsamtsblatt einmal zu veröffentlichen; den Veranstaltern von Aufführungen sind auf Verlangen Druckabzüge zu den Selbstkosten abzugeben. Der Tarif darf erst vom ersten auf die Veröffentlichung folgenden Werktag angewendet werden.

Der **Schiedskommission** gehören an ein neutraler Vorsitzender und je 8 Vertreter der Urheber und der Veranstalter von Aufführungen. Für jedes Mitglied wird ein Ersatzmann bestellt. Die Schiedskommission ist zuständig:

1. für die Genehmigung des in Art. 4 des Bundesgesetzes vorgesehenen Tarifes;
2. für die Erstattung von Gutachten auf Ersuchen des Richters;
3. für die Erstattung von Gutachten auf Ersuchen der Aufsichtsbehörde;
4. für die Erstattung von Gutachten auf Ersuchen der Beteiligten über Fragen, welche bei den Unterhandlungen über den Abschluß eines Vertrages im Sinne von Art. 4 des Bundesgesetzes streitig wurden. Der Entscheid über die Genehmigung des Tarifes ist endgültig.

Die Mitglieder und Ersatzleute der Schiedskommission werden vom eidg. Justiz- und Polizeidepartement nach Einholung unverbindlicher Doppelvorschläge der hauptsächlichsten Organisationen der Urheber und der Veranstalter von Aufführungen ernannt. Das eidg. Justiz- und Polizeidepartement ist Aufsichtsbehörde über die Schiedskommission. Es ist ermächtigt, die Pflichten und Rechte der Mitglieder, sowie die Geschäftsordnung der Schiedskommission zu bestimmen. Die Kosten der Schiedskommission werden von der Bundeskasse vorgeschossen, sind derselben aber von der Verwertungsgesellschaft wieder zu ersetzen. Das eidg. Justiz- und Polizeidepartement bestimmt die Fälle, in welchen die Verwertungsgesellschaft auf die Veranstalter von Aufführungen Rückgriff nehmen kann.«

Durch das vorliegende Gesetz wird einem sehr unerfreulichen Zustand endlich ein Ende gesetzt. Da es die Rechte beider Lager berücksichtigt, darf man hoffen, daß es für Aufführungen zeitgenössischer Musik kein Hindernis bilden wird und insbesondere, daß die Orchester nicht die neueren Komponisten aus ihren Programmen ausschließen werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß die dem EO.V. noch fernstehenden Vereine sich diesem Verband anschließen würden, um der vorteilhaften Pauschalverträge teilhaftig zu werden und um das Weltrepertoire zur Verfügung zu haben.

A. P.

La perception des droits d'auteurs

Dans le dernier numéro de notre organe, nous avons donné un aperçu général de la situation actuelle au sujet des droits d'auteurs. Les avant-projets en question ayant été approuvés aussi bien par le Conseil National que par la Commission du Conseil des Etats, nous donnons ci-après un extrait du texte du projet de loi concernant la perception des droits d'auteurs :

«**L'article premier** prescrit que la perception des droits d'auteurs exclusifs garantis par la loi du 7. XII. 1922 concernant l'exécution publique d'oeuvres musicales ne peut être exploitée qu'avec l'autorisation et sous la surveillance du Conseil Fédéral ou de l'autorité désignée par lui. Cette disposition n'est pas applicable à la perception des droits d'exécution faits personnellement par l'auteur ou par ses héritiers.

L'article deuxième prescrit que l'autorisation ne sera accordée qu'à une seule collectivité, qui s'est donné pour but de percevoir des droits d'auteurs. Le Conseil Fédéral peut poser d'autres conditions à l'octroi de l'autorisation. Celle-ci peut être retirée en tout temps, si la société de perception, malgré avertissement, n'accomplit pas d'une façon satisfaisante les devoirs qui lui incombent en vertu de la présente loi.

L'article troisième concerne la perception non autorisée des droits d'auteurs, qui est punie d'une amende de 1000 francs au plus.

L'art. 4 est de toute importance: «La société de perception ne peut demander, au titre de dédommagement pour l'exécution publique, que l'indemnité prévue dans un tarif publié et approuvé par la commission arbitrale (art. 6). Celui qui demande la permission est tenu de remettre à la société de perception les listes (programmes) des oeuvres exécutées».

L'art. 5 prescrit que pour les exécutions organisées sans la permission nécessaire le titulaire des droits d'auteurs a droit pour le moins à l'indemnité prévue par la loi, sous réserve de l'action appartenant à l'auteur pour violation des droits de la personnalité et l'action pénale.

Art. 6. «Le Conseil Fédéral ou l'autorité désignée par lui nomme une commission arbitrale chargée des tâches décrites aux articles 4 et 5.»

Les **articles 7 et 8** concernent les dispositions nécessaires à l'exécution de la présente loi et la date de son entrée en vigueur. L'article 8 dit en outre que les sociétés de perception existantes qui n'obtiennent pas l'autorisation prévue par l'article 1er peuvent être autorisées à continuer leur exploitation pendant une période relativement courte.»

Le **règlement d'exécution** relatif à la présente loi concernant la

perception des droits d'auteurs contient les indications suivantes au sujet du fonctionnement de la société de perception:

«Le département de justice et police est compétent pour donner l'autorisation prescrite par les articles 1er et 8 de la loi. Les collectivités qui veulent être autorisées à percevoir des droits d'auteurs (art. 1er) doivent adresser une demande écrite, en deux exemplaires, au département de justice et police par l'entremise du bureau fédéral de la propriété intellectuelle; doivent être annexés à cette demande:

1. Les statuts et, éventuellement, les règlements.
2. Un état du personnel dirigeant (nom, domicile, nationalité).
3. Une déclaration relative au nombre des auteurs suisses qui ont chargé la collectivité de percevoir leurs droits, et à la nature de ces droits.
4. Un exposé de l'organisation prévue pour le contrôle et l'administration.

Dès que les pièces sont au complet, le bureau transmet la demande, avec sa proposition, au département de justice et police.

Un requérant suisse a la priorité sur un étranger. **L'autorisation** est accordée pour une période de cinq ans qui peut être renouvelée tous les cinq ans pour une nouvelle période. L'octroi ou le renouvellement de l'autorisation est publié dans la Feuille officielle suisse du commerce par le bureau de la propriété intellectuelle.

Le bureau fédéral de la propriété intellectuelle est chargé d'assurer l'exécution directe de la loi et, en particulier, de surveiller la société de perception. Il peut confier l'exercice de ses droits à des personnes ne faisant pas partie de l'administration fédérale, en particulier au président de la commission arbitrale.

La **société de perception** doit faire au bureau, chaque année, un rapport écrit sur l'exercice écoulé. Le rapport doit notamment donner des renseignements détaillés sur les points suivants:

1. Recettes et dépenses.
2. Emploi de l'exédent des recettes.
3. Modifications apportées aux statuts, aux règlements ou aux conventions de réciprocité avec des sociétés étrangères, ou à l'état du personnel dirigeant.
4. Procès en cours.

Doivent être annexés au rapport les jugements rendus, ainsi qu'un rapport de révision d'une société fiduciaire reconnue sur la tenue de la comptabilité et sur la concordance des indications du rapport avec la comptabilité. Le bureau peut en tout temps demander des explications sur d'autres points et consulter les livres et autres pièces au siège de la société de perception. Après examen du rapport, le bureau propose au département de justice et police de l'approuver ou de prendre

des mesures appropriées. Il peut, préalablement, demander l'avis de la commission arbitrale ou de son président.

Lors de l'**élaboration du tarif** fixant les indemnités pour l'exécution publique (art. 4), la société de perception doit demander des propositions aux principales associations d'organiseurs d'exécutions, en particulier pour l'établissement des diverses catégories du tarif, et en tenir compte dans la mesure du possible.

La société de perception doit dresser une liste des auteurs d'oeuvres protégées qu'elle représente et la tenir à jour; cette liste doit pouvoir être consultée par les organisateurs d'exécutions au siège de la société. Cette dernière doit répondre aussi rapidement que possible aux demandes écrites d'organiseurs d'exécutions qui désirent savoir si elle représente les droits exclusifs d'exécution pour une oeuvre déterminée.

Le tarif prévu à l'article 9, ainsi que les modifications de ce tarif, doivent être approuvés par la commission arbitrale. Le tarif doit ensuite être publié une fois dans la Feuille officielle suisse du commerce par la société de perception et à ses frais; sur demande, des copies de la publication seront délivrées à prix coûtant aux organisateurs d'exécutions. •

La **commission arbitrale** est composée d'un président neutre, de 8 représentants des auteurs et de 8 représentants des organisateurs d'exécutions. Un suppléant est nommé pour chaque membre. La commission est compétente:

1. Pour approuver le tarif prévu à l'article 4 de la loi.
2. Pour donner des avis au juge sur sa demande.
3. Pour donner des avis à l'autorité de surveillance.
4. Pour donner des avis aux intéressés sur des questions litigieuses relatives à des pourparlers concernant la conclusion d'un contrat au sens de l'article 4 de la loi. La décision relative à l'approbation du tarif est définitive.

Les membres et les suppléants de la commission arbitrale sont nommés par le département de justice et police qui demande à cet effet aux principales associations d'auteurs et d'organiseurs d'exécutions une double proposition pour chaque membre et chaque suppléant; il n'est pas lié par ces propositions. Le département est l'autorité de surveillance de la commission. Il est autorisé à déterminer les droits et les obligations des membres, ainsi que l'organisation et la procédure à suivre devant la commission arbitrale. Les frais de la commission sont avancés par la caisse fédérale, mais doivent lui être remboursés par la société de perception, qui aura, suivant les cas désignés par le département de justice et police, droit de recours contre les organisateurs d'exécutions.»

La présente loi mettra fin à un état de choses qui n'a que trop longtemps duré; comme elle tient compte des droits des différentes

associations, on peut espérer qu'elle n'entravera pas les exécutions de musique contemporaine et qu'en particulier les orchestres ne l'élimineront pas de leurs programmes. Il faut espérer aussi qu'elle engagera les sociétés ne faisant pas encore partie de la SFO à en devenir membres, afin de profiter des tarifs réduits et d'avoir le répertoire mondial à leur disposition.

A. P.

DAS LIED

Die Dämmerung sinket leise; schon naht die dunkle Nacht.
Ich lausche einer Weise, die klingt so zart, so sacht,
die schwingt sich voller Süße in meine Seele ein
und bringt mir liebe Grüße und läßt mich selig sein.

O Weise, hold und minnig, sag' mir, wo kommst du her?
O Liedlein, weich und innig, so tief, so rätselschwer,
wie ist dein singend Klingen so traut mir und verwandt!
Willst du mir wiederbringen entschwundenes, heiliges Land?

Otto Franzmeier.

Nachrichten und Notizen. — Echos et Nouvelles.

Zürich. Stadttheater. Die diesjährige Opernsaison wurde mit einer in jeder Hinsicht glänzenden Aufführung von Verdis »Aïda« eröffnet. Die prachtvolle neue Inszenierung wurde sehr bewundert und das zürcherische Publikum durfte bei diesem Anlaß in der Titelrolle die neuengagierte griechische Sängerin Frl. Eftimiadis kennen lernen, die eine entscheidende Probe ihres großen Könnens abgab. Als verantwortlicher musikalischer Leiter der Aufführung zeichnete der neue Kapellmeister Max Sturzenegger, welcher den Eindruck eines ebenso gewissenhaften, wie umsichtigen Dirigenten hinterlassen hat. Auch die »Traviata« hatte einen großen Publikumserfolg; an welchem namentlich Julia Moor als Violetta und W. Haeußlein als Dirigent großen Anteil hatten . . . Als weitere Neueinstudierungen wären noch Lort-

zings unverwüstlicher »Zar und Zimmermann«, die erste Operette Leo Falls »Der liebe Augustin«, sowie »Die Siegerin«, mit Musik von Tschaikowsky, zu nennen. Dieses letzte Werk, eine um Peter den Großen spielende musikalische Komödie, krankt leider an der Dürftigkeit der Handlung; schade um die schöne Musik! . . .

— Tonhallekonzerte.

Für die kommende Saison hat die Tonhalle wieder ein sehr reichhaltiges Programm aufgestellt, welches nicht weniger als 42 Konzerte vorsieht. Neben den 10 Abonnementskonzerten mit prominenten Solisten sind noch 6 Volkskonzerte (zum Teil mit Solisten), 6 Kammermusikaufführungen, ein Mozart gewidmeter Frühjahrszyklus, 5 »Extrakonzerte« unter teilweiser Mitwirkung des Radio-Orchesters, 6 Chorkonzerte und 6 »Jugendkonzerte« vorgesehen. Die letzteren ha-